

TRIBALE ORDNUNGEN IN LIBYEN

DIE VERFLECHTUNG VON STAAT UND STAMM

Die Schwäche des libyschen Staates wird seit Jahrzehnten durch eine starke Rolle der Stämme ausgeglichen. Deshalb spielten sie auch während der Revolution von 2011 und im andauernden Übergangsprozess eine wichtige Rolle.

Felix-Anselm van Lier

Die libysche Revolution vom 17. Februar 2011 wurde von vielen Journalisten als »Stammeskrieg« bezeichnet. Auch wenn die politische Realität deutlich komplexer ist, spielten Stämme und Großfamilien tatsächlich eine Schlüsselrolle in der Revolution von 2011 und im sich anschließenden Transformationsprozess. Zwar haben sich in Großstädten wie Tripolis, Misrata oder Benghazi urbane Zivilgesellschaften gebildet, in denen Stämme zunehmend an Bedeutung verlieren. Doch gerade in Zeiten der Krise ist eine Rückbesinnung auf Familien- und Stammesbeziehungen zu beobachten. So bleiben Stämme, vor allem im ländlichen Bereich, immer noch eine wichtige Quelle von Identität und politischer Mobilisierung.

In Libyen existieren 140 Großstämme und Familienverbände, die sich wiederum in etwa 2000 Unterstämme unterteilen lassen. Diese Gruppen sind vielfältige und komplexe gesellschaftliche Systeme, die sozioökonomische und kulturelle, aber auch rechtliche und politische Ordnungsfunktionen übernehmen. Die allgemeine Schwäche staatlicher Institutionen macht die Stämme zu einer zentralen Legitimationsquelle für die nationale Politik und führt zu der Verflechtung von Staat und Stamm. Und das von Anfang an: Der Staat Libyen wurde 1951 mithilfe der Vereinten Nationen als Königreich gegründet, mit König Idris als Staatsoberhaupt. Da der junge, uneinheitliche Staat über keinen funktionierenden Verwaltungsapparat verfügte, griff Idris auf die Organisationskraft der Stämme zurück. Lokale Stammespolitiker sowie Mitglieder der regionalen Parlamente wurden mit der Aufgabe betraut, staatliche Regulierungen auf lokaler Ebene umzusetzen. Gleichzeitig erhielten einflussreiche Stammesführer zentrale Beratungspositionen im Königreich.

Im Rahmen einer föderalistischen Monarchie entstand so allmählich ein politisches System aus persönlichen Abhängigkeiten, Loyalitäten und Gefälligkeiten, das vornehmlich aus familiären und tribalen Beziehungen bestand. Dies wurde Idris spätestens nach der Entdeckung des Öls zum Verhängnis – einige wenige wurden sehr reich, die breite Mehrheit der Bevölkerung profitierte aber nicht von der neuen Einnahmequelle. Der König konnte der grassie-

renden Vetternwirtschaft keinen Einhalt gebieten, und die steigende soziale Ungleichheit schuf einen fruchtbaren Boden für Muammar Gaddafis Coup von 1969. Teil von Gaddafis radikalem Reformprogramm war die Zerschlagung der Netzwerke seines Vorgängers und die Implementierung seiner direktdemokratisch-nationalistischen Ideologie der Dschamahiriyya (»Herrschaft der Massen«).

Die soziokulturellen Realitäten des Landes zwangen Gaddafi jedoch schon gegen Ende der 1970er Jahre, sich wieder den Stämmen zuzuwenden – ähnlich wie zuvor Idris. Selbst aus einem politisch unbedeutenden Klan stammend, schloss er Stammesallianzen mit großen, einflussreichen Stämmen. Mitglieder loyaler Stämme erhielten Schlüsselpositionen in der Regierung, insbesondere im Militär- und Sicherheitsapparat. 1993 wurden Stammesführer schließlich mit der Einrichtung sogenannter »Popular Social Leadership Councils« wieder offiziell in das Staatssystem eingebunden und erlangten so ein gewisses Maß an politischer Partizipation.

Die Macht der Stämme wurde spätestens während der Revolution und der sich anschließenden Übergangszeit offensichtlich. Das System Gaddafi zerbrach, nachdem zahlreiche führende und kleinere Stämme ihm öffentlich ihre Gefolgschaft aufgekündigt hatten. Die zentralen Institutionen des Staates – die Verwaltung, die Sicherheitsdienste und das Militär – kollabierten. Sowohl revolutionäre als auch regimetreue Brigaden und Militärräte formierten sich, vor allem entlang von Stammeslinien. Gleichzeitig stabilisierten Stammesführer das Land auf lokaler Ebene durch ihre Erfahrung mit Streitschlichtung und durch die Gewährleistung von zentralen Dienstleistungen wie der Energie- und Trinkwasserversorgung.

Bei den Wahlen zum Nationalkongress von 2012 wurde überwiegend auf der Basis von Stammesloyalitäten gewählt. Die große Mehrheit der Abgeordneten vertrat also keine einheitlichen politischen Ideologien, sondern lokale Partikularinteressen, was parlamentarische Konsensbildung und eine stabile Führung des Landes unmöglich machte und zur Lähmung des politischen Prozesses führte. Die extrem niedrige Wahlbeteiligung zur Verfassungsgebenden Versammlung und zum neuen Repräsentantenhaus im Jahr 2014 interpretieren Experten als Vertrauensverlust der Libyer in die neuen politischen Institutionen und den formalen politischen Prozess. Inzwischen findet die Auseinandersetzung um die Neuverteilung von Ressourcen und politischer Macht zwischen diversen rivalisierenden Gruppen – nicht nur Stämmen – statt, gewaltsam und außerhalb der politischen Institutionen. Das weitgehende Scheitern der Übergangsinstitutionen und die heftigen Kämpfe seit Mai 2014 zeugen von einer fragmentierten politischen Landschaft, der es nach dem Fall Gaddafis an einem gemeinsamen Ziel fehlt. Für die Zukunft stellt sich nun vor allem die Frage nach dem einenden Element und einer übergreifenden nationalen Identität. In jedem Fall werden Stämme und tribale Politiker bei der Gestaltung einer neuen politischen Ordnung wieder eine entscheidende Rolle spielen.